

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1.	Kenntnisgabe	Rat der Stadt Eschweiler	öffentlich	11.06.2026
----	--------------	--------------------------	------------	------------

Bericht zur aktuellen Situation der Polizeipräsenz in Eschweiler, Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler vom 08.05.2026

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

A 14-Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Schütte _____		Datum: 02.06.2026 gez. Nowicki			
1		2		3	
<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen	<input type="checkbox"/> zugestimmt	<input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis		Abstimmungsergebnis	
<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig		<input type="checkbox"/> einstimmig	
<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja	
<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein		<input type="checkbox"/> nein	
<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung		<input type="checkbox"/> Enthaltung	

Sachverhalt:

Die Zukunft der Polizeipräsenz in Eschweiler ist seit Jahren ein Thema, mit dem sich die Stadtverwaltung Eschweiler, die Strukturförderungsgesellschaft Eschweiler mbH & Co. KG (SFE) sowie der Rat der Stadt Eschweiler intensiv beschäftigen. Durch die sanierungsbedürftige Bausubstanz des aktuellen Polizeistandortes in der Preyerstraße in Eschweiler gibt es seit rund 10 Jahren umfangreiche Bemühungen, einen geeigneten Standort in Eschweiler zu finden.

Mit Antrag vom 08.05.2026 hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler einen Antrag auf „Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation des Polizeistandortes Eschweiler und zum gescheiterten Ausweichstandort Peter-Paul-Straße“ gestellt. Die Fragen aus diesem Antrag werden im Folgenden beantwortet.

Zu 1.: Wie stellt sich die aktuelle Sachlage rund um den Polizeistandort Eschweiler derzeit dar?

Die Nutzung des Gebäudes Preyerstraße 34 muss voraussichtlich zum 31.08.2026 aufgegeben werden. Eine kurzfristige Weiternutzung von Teilflächen im Gebäude bis 01.03.2027 wird derzeit baustatisch geprüft. Von hier aus agieren aktuell der Bezirksdienst und ein Kriminalkommissariat. Mit dem Polizeipräsidium Aachen (PPA) werden derzeit für alle Nutzer sinnvolle Alternativen in Eschweiler gesucht, die räumlich, preislich und polizeitaktisch zum Anforderungsprofil passen.

Zu 2.: Wie weit waren die Gespräche beziehungsweise Vertragsverhandlungen zur Nutzung einer alternativen Liegenschaft tatsächlich fortgeschritten?

Die Gespräche und Vertragsverhandlungen zur Nutzung der Immobilie Peter-Paul-Straße 1 waren weit fortgeschritten und inhaltlich abgeschlossen. Es lagen seit mehreren Wochen unterschriftsreife Vertragsunterlagen vor. Vorgesehen war, dass die SFE die Räumlichkeiten anmietet und diese anschließend an das PPA weitervermietet. Dieses Vorgehen entsprach dem ausdrücklichen Wunsch des PPA.

Zu 3.: Aus welchen konkreten Gründen ist die geplante Lösung letztlich gescheitert?

Die Umsetzung der vorgesehenen Lösung ist weder an der Stadt Eschweiler noch an der SFE gescheitert. Nach Mitteilung des PPA konnten seitens des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW (LZPD) beziehungsweise des Innenministeriums des Landes NRW die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel nicht in ausreichender Höhe bereitgestellt werden.

Zu 4.: Wann wurde die Stadtverwaltung über die fehlende Finanzierungszusage des Landes informiert?

Die Stadtverwaltung wurde mit dem Schreiben des PPA vom 22.04.2026 verbindlich über das Scheitern der vorgesehenen Lösung informiert. Unabhängig hiervon befand sich die Verwaltung bereits zuvor in einem fortlaufenden Austausch mit dem PPA über den Fortgang des Verfahrens.

Zu 5.: Welche weiteren Schritte plant die Verwaltung nun, um dauerhaft wieder einen Polizeistandort in Eschweiler zu sichern?

Die Verwaltung wird die laufenden Gespräche mit dem PPA, dem LZPD sowie den zuständigen Landesstellen weiterhin eng begleiten. Ziel bleibt die Sicherung einer tragfähigen Zwischenlösung im Stadtgebiet sowie die langfristige Realisierung eines neuen Polizeistandortes in Eschweiler. Dem PPA liegen derzeit mehrere Immobilienangebote aus Eschweiler vor, die aktuell geprüft werden. Darüber hinaus verfolgt die Stadt weiterhin die bereits seit Jahren angestoßenen Planungen für einen Neubau in Eschweiler Mitte. Nach Mitteilung des PPA soll an diesen grundsätzlichen Planungen festgehalten werden. Zudem bestehen Überlegungen zur Einrichtung einer gemeinsamen Anlaufstelle von Ordnungsamt und Polizei in der Innenstadt.

Zu 6.: Welche Auswirkungen hat die aktuelle Situation nach Einschätzung der Verwaltung auf die Sicherheitslage, die Polizeipräsenz sowie die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Polizei?

Nach Ansicht der Verwaltung führt die Verlagerung des Verkehrsdienstes zu einer -von Bürgerinnen und Bürgern empfundenen- geringeren, offensichtlichen Präsenz von Polizeifahrzeugen und den entsprechenden Polizeidienstkräften (subjektive Sicherheit).

Sofern die bislang in Eschweiler ansässigen Polizeikräfte an eine Stelle außerhalb Eschweilers verlagert werden, entstehen längere Anfahrtswege, so dass die Präsenzzeit vor Ort entsprechend verkürzt wird. Sie verrichten ihren Dienst aber auch weiterhin in Eschweiler.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Stadt Eschweiler -insbesondere mit dem Ordnungsamt- ist unverändert gut. So sind die Bezirksdienst-Mitarbeitenden der Polizei unverändert in den ihnen zugewiesenen Bereichen tätig und es erfolgen auch weiterhin der wöchentliche Austausch zu den für beide Seiten relevanten Themenkomplexen sowie gemeinsame Streifen- und Präsenzdienste in der Innenstadt.

Gemeinsame Einsätze mit dem Schwerpunktdienst der Polizei wurden auch zuvor bereits über einen längeren Zeitraum vorgeplant, so dass sich diesbezüglich keine Änderungen ergeben werden.

Im Übrigen erfolgte die über den alltäglichen Austausch hinausgehende Kommunikation auch bisher ausschließlich über die Führungsstelle der Polizeiinspektion 2 in Stolberg.

Das betrifft auch die Zusammenarbeit im Rahmen größerer Veranstaltungen (z.B. an den Karnevalstagen) - hier ist keine Veränderung zu erwarten.

Unabhängig von den vorgenannten Aspekten ist nach wie vor die Einrichtung einer Anlaufstelle in der Innenstadt beabsichtigt, da insbesondere durch eine solche Maßnahme die subjektive Sicherheit der Bürger*innen maßgeblich beeinflusst würde. Die Prüfung dieses Vorhabens ist jedoch noch nicht abgeschlossen und die Maßnahme müsste haushaltsverträglich umsetzbar sein.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Personelle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Antrag SPD vom 08.05.2026